

Ein verwirrter Gast Breschnew plädierte 1973 für „BRD-Zone“ in den von Israel besetzten Gebieten

Otto Wenzel

Georgi Arbatow, jahrelang einflußreicher Berater des Kremls und ZK-Mitglied, schrieb 1991 in seinen Erinnerungen, daß KPdSU-Generalsekretär Breschnew 1964 „für viele nur ein Mann des Übergangs“ gewesen sei und von der Mehrheit der Angehörigen des ZK-Apparats und der politischen Führung des Landes „als eine schwache Gestalt“ betrachtet worden sei. Im Dezember 1974 erkrankte Breschnew. „Acht Jahre lang lebte unser Land unter anomalen Bedingungen. Während die Struktur der politischen Macht erhalten blieb, war Breschnew nicht einmal fähig, die elementarsten Funktionen eines Regierungschefs zu erfüllen.“¹ Arbatows Freund Alexander Jakowlew, unter Breschnew Redenschreiber und später Botschafter in Kanada, unter Gorbatschow Politbüromitglied, schrieb im Jahre 2003 in seiner Autobiographie: „Breschnew hat es allen recht gemacht – den Führern wie der Nomenklatura. Niemand machte Anstalten, ihn zu stürzen, nicht einmal dann, als er siech und krank war und aufhörte, verständlich zu sprechen.“²

Daß Breschnews geistiger Horizont und seine Auffassungsgabe beschränkt waren, belegen die kürzlich veröffentlichten Dokumente über seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vom 18. bis 22. Mai 1973 und in diesem Zusammenhang die Erinnerungen des damaligen sowjetischen Botschafters Falin. In den *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973* (AAPD 1973) werden Aufzeichnungen über sechs Gespräche veröffentlicht, die Breschnew mit Bundeskanzler Brandt führte, sowie eine Aufzeichnung über ein Gespräch mit Außenminister Scheel. In seinen langatmigen Ausführungen am 18. Mai kam Breschnew wiederholt auf die Resolution des letzten ZK-Plenums „über die internationale Tätigkeit des ZK bei der Realisierung der Beschlüsse des XXIV. Parteitages“ und die „hundertprozentige Unterstützung“ seiner Politik zu sprechen, die vom „gesamten Volk“ begrüßt werde.³ Im Zusammenhang mit den „Schwierigkeiten“, die der Bundeskanzler hatte, bemerkte der Gast aus Moskau, „man habe nicht nur nicht hinderlich sein, sondern vielmehr helfen wollen.“ Ob sich das auf den Stimmenkauf beim konstruktiven Mißtrauensvotum am 27. April 1972 bezog? Er ging soweit, zu sagen, die „sowjetische Seite wolle die Bundesrepublik als guten Verbündeten“.⁴ Einen Tag später sagte er, beide Seiten sollten auch zu „Vereinbarungen sowohl in europäischen Fragen als auch in Fragen der Weltpolitik kommen“, wobei er ausschloß, daß die Bundesrepublik „zu einem Satelliten

¹ Arbatow, Georgi: Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik. Frankfurt a. M. 1993, S. 213.

² Jakowlew, Alexander: Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie. Leipzig 2003, S. 363.

³ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptherausgeber Hans-Peter Schwarz, Mitherausgeber Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand, Werner Link u. a. 3 Bände, München 2004, S. 711 ff., 716.

⁴ Ebd., S. 711 f.

werden solle“.⁵ Im Hinblick auf die von ihm gewünschte wirtschaftliche Zusammenarbeit verwies er auf das enorme wirtschaftliche Potential seines Landes. Kein Land der Welt habe soviel Erdgas und Erdöl wie die Sowjetunion, und er sei für Vereinbarungen auf dreißig, vierzig und mehr Jahre. Die Bearbeiter der AAPD 1973 versehen diese Mitteilung in einer Anmerkung mit einer Information eines vortragenden Legationsrats des Auswärtigen Amts (AA): „Entgegen unseren Erwartungen gehen die sowjetischen Rohöllieferungen 1973 [...] zurück; die Sowjetunion hat in den abgelaufenen Monaten dieses Jahres nicht einmal die uns seit Jahren bereitgestellten Mengen geliefert.“⁶

Wie wenig der Generalsekretär begriffen hatte, wie ein demokratisches Regierungssystem funktioniert, bewies er am 19. Mai. Als ihm Außenminister Scheel sagte, daß die sozial-liberale Koalition nicht auf Dauer die Regierung bilden könne, zeigte er sich enttäuscht. Er fragte, warum denn diese Regierung nicht auf sehr lange Frist ihren Platz behaupten könne? Scheel erklärte ihm, es sei ein Lebenselement unserer Form der Demokratie, daß die Regierungsverantwortung zuweilen wechsle.⁷

Am 19. Mai fand ein Gespräch statt, an dem neben Breschnew und Brandt Außenminister Gromyko, die Bundesminister Scheel und Bahr, die Botschafter Falin und Sahn sowie zwei Dolmetscher teilnahmen. Thema war die Problematik des Nahen Ostens. Die Sowjetunion sei, führte Breschnew aus, ebenso wie die Araber bereit, das Problem schrittweise zu lösen. Jeder einzelne Schritt müsse jedoch Teil eines Gesamtpakets sein, das eine endgültige Lösung einschließlich des Rückzugs der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten⁸ umfasse. Und dann sprach er geradezu unglaubliche Sätze, die in der Niederschrift mit den Worten wiedergegeben wurden: „Man habe noch keine klaren Vorstellungen über etwaige Zonen, die von Truppen der UdSSR, der USA, der BRD, Frankreichs und anderer besetzt würden, noch über neutrale Streifen; alles sei noch offen. Aber dies sei doch das Wesen der Sache.“⁹ Sollte es sich hier schon um Avancen in Richtung auf die angekündigten Vereinbarungen in Fragen der Weltpolitik handeln? Die Erwähnung der Bundesrepublik als Besatzungsmacht in von Israel eroberten Gebieten ist weder vom Protokollanten mit einem Fragezeichen versehen worden (was gelegentlich geschah), noch veranlaßte es einen Beamten des AA zu einer Randbemerkung. Auch von den Bearbeitern der AAPD ist sie nicht in einer Anmerkung problematisiert worden.

Nach der Unterzeichnung der Abkommen, die aus Anlaß dieses Besuchs zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik abgeschlossen wurden, fragte Breschnew Außenminister Gromyko, ob er für die Regierung oder die Sowjetunion unterschrieben habe. Der Angesprochene beruhigte ihn: „Alles korrekt, Leonid, beunruhige dich nicht.“ In Wirklichkeit hatte Breschnew weder als Generalsekretär noch als Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion das formale Recht, ohne besondere Vollmacht im Namen der Regierung aufzutreten – worauf jedoch die Beamten des

⁵ Ebd., S. 734 f.

⁶ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupterausgeber Hans-Peter Schwarz, Mitherausgeber Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand, Werner Link u. a. 3 Bände, München 2004, S. 716.

⁷ Ebd., S. 742.

⁸ Israel hatte 1967 im Verlauf des Sechs-Tage-Krieges die syrischen Golan-Höhen, das Westjordanland, den Gaza-Streifen und die Halbinsel Sinai bis zum Nil besetzt.

⁹ Ebd., S. 728, 730.

AA nicht gekommen waren.¹⁰ Es war für sie jedoch unerheblich, da sie wußten, daß in den kommunistischen Staaten die Macht in den Händen des Parteichefs lag.

Arbatow war damals Ko-Vorsitzender einer von der Parteiführung eingesetzten Arbeitsgruppe, die zu dem Schluß kam, „daß ein schneller Fortschritt in der Wissenschaft und in der Technologie einfach undenkbar war ohne radikale Veränderungen in der Wirtschaft“. Ihr 130seitiges Dokument überreichten sie im Mai 1973 dem Politbüromitglied Kirilenko. Obwohl Arbatow diesen und Breschnew in der Folgezeit mehrmals an dieses Dokument und an das auf dem XXIV. Parteitag (1971) angekündigte ZK-Sonderplenium über die „wissenschaftlich-technologische Revolution“ erinnerte, bekam er nie eine zusammenhängende Antwort. Das Original dieses Dokuments wurde nach Breschnews Tod in seinem Safe gefunden.¹¹ Die Sowjetunion hat die wissenschaftlich-technologische Revolution, die in den westlichen Industriestaaten rasante Fortschritte machte, verschlafen und ist nicht zuletzt deshalb 1991 untergegangen.

¹⁰ Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 252.

¹¹ Arbatow: Das System, S. 180 f.